

Hilferuf

Sorge um Geisterhotels

Wie verheerend das Coronavirus das deutsche Hotelgewerbe trifft, verrät in diesen Tagen ein Blick auf die Performance-Grafik von Fairmas. In Berlin, wo die Marktforschungsfirma täglich die Belegungsquoten von 260 Herbergen ermittelt, schwankten die Werte im April letzten Jahres zwischen 70 und fast 100 Prozent. Dieses Jahr dagegen ist die Grafikkurve kaum noch zu finden. Mit Werten von fünf und zehn Prozent klebt sie nahezu an der X-Achse.

Hinter der Statistik verbergen sich dramatische Zustände. Das Schwarzwälder Luxus- und Golfhotel Öschberghof, das den Erben von Aldi-Gründer Karl Albrecht untersteht, verwandelte sich wie viele andere am 18. März nahezu zu einem Geisterhotel. Seit dem 1. April sind dort alle 400 Mitarbeiter in Kurzarbeit mit null Prozent Arbeitsanteil.

„Die wirtschaftlichen Folgen sind erheblich“, klagt selbst Motel-One-Gründer Dieter Müller, dessen Hotelkette zu den Champions im deutschen Markt zählt. Sein Unternehmen rechne „mit einer massiven Störung des Geschäftsverlaufs und hohen Umsatzeinbrüchen in den kommenden Monaten“. Guido Zölllick vom Deutschen Hotel- und Gaststättenverband (Dehoga) geht sogar davon aus, dass jeder dritte Betrieb vor der Pleite steht.

Wie Deutschlands größte Budget-Kette Motel One haben fast alle Herbergen ihre Mitarbeiter in Kurzarbeit geschickt. Sie trifft die Anordnung der meisten Bundesländer, dass Übernachtungsangebote im Inland nur noch zu „notwendigen“ und ausdrücklich nicht zu touristischen Zwecken genutzt werden können.

Booking.com in Not

Erst am 30. April wollen Bund und Länder diese Regelung überprüfen. Dass sich dort eine grundlegende Änderung ergibt, glauben in der Hotelbranche allerdings die wenigsten. Hinzu kommt: Mindestens bis zum 31. August sind in jedem Fall Großveranstaltungen in den Häusern untersagt.

Sogar der milliardenschwere Onlinevermittler Booking.com, dessen Hauptquartier an Amsterdams Grachten liegt, will die niederländische Regierung nach eigenen Angaben um Unterstützung bitten. Der an der Börse teuerste Reiseveranstalter der Welt wird angeblich von der Pandemie derart schwer getroffen, dass er ohne Hilfe zum Mittel der Entlassungen greifen müsste.

Das Siechtum der Hotelbranche begann in Deutschland schon vor dem europaweiten Ausbruch der Seuche. Bereits im Januar und Februar, als das Coronavirus nahezu ausschließlich asiatische Gäste vom deutschen Hotelmarkt fernhielt, klagten die Hoteliers über eine durchschnittliche Auslastung von nur 51,6 Prozent - und damit einen Rückgang von 20,6 Prozent im Vergleich zum ersten Quartal 2019.

Im März ging es dann noch einmal massiv bergab. Laut Fairmas sackte die Belegungsrate im vergangenen Monat auf nur noch 29,3 Prozent, bedingt zunächst durch die zahlreichen Messeabsagen, ab Mitte März dann zusätzlich durch die massiven Restriktionen in zahlreichen Bundesländern.

So ist der Besuch auf Inseln wie Sylt, Rügen oder Usedom seither nicht mehr erlaubt, Hotels in diesen Ferienregionen mussten komplett schließen. Auch in Städten wie Köln und Bonn verhängten die Verwaltungen ein Öffnungsverbot, das sie später auf richterliche Weisung jedoch teilweise wieder lockerten. In den meisten Bundesländern aber gilt bis heute: Touristen müssen draußen bleiben, allein Geschäftsreisenden ist der Zutritt erlaubt. Von den 1742 Häusern, die der Marktforscher Fairmas beobachtet, stellten inzwischen 40 Prozent vorübergehend den Betrieb ein.

2,4 Millionen Beschäftigte

Es geht um einiges. Allein in Deutschland zählt der Hotel- und Gaststättenverband 223 000 „gastgewerbliche Betriebe“, die zusammen 2,4 Millionen Mitarbeiter beschäftigen. Laut Deutschem Tourismusverband sorgt die touristische Nachfrage jährlich für eine direkte Bruttowertschöpfung von 105,3 Milliarden Euro, was knapp vier Prozent der gesamten deutschen Wertschöpfung entspricht. 35,8 Milliarden Euro kamen davon alleine aus dem Übernachtungsgewerbe.

Hochgerechnet seien den deutschen Urlaubsgebieten im März und April Umsätze von 15 Milliarden Euro für Gastronomie, Tagesreisen, Sport, Unterhaltung, Freizeit und Kultur entgangen - zusätzlich zu neun Milliarden Euro wegen fehlender Übernachtungsreisen.

Als dringende Hilfsmaßnahme fordert der Dehoga nun einen auf sieben Prozent verminderten Mehrwertsteuersatz in der Gastronomie. „Mit sieben statt 19 Prozent Mehrwertsteuer könnten die nicht unerheblichen Umsatzausfälle aufgrund der dann einzuhaltenden Abstandsregelungen ein wenig kompensiert werden“, begründet dies Verbandspräsident Zölllick. Der reduzierte Satz würde zudem helfen, aufgenommene Kredite auch tilgen zu können. Auch ein Rettungs- und Entschädigungsfonds für das Gastgewerbe steht auf seinem Fortsetzungskatalog.

Beim Bundesfinanzminister findet er damit offenbar Gehör. Olaf Scholz stellte nun in einem Interview der „Welt am Sonntag“ Hoteliers und Restaurantbetreibern finanzielle Unterstützung in Aussicht. „Natürlich schauen wir genau, ob und wo wir gezielt weitere Hilfen benötigen“, sagte er. „Wir haben vor allem jene Branchen im Blick, für die es noch nicht so schnell wieder losgeht.“ Das Hotel- und Gaststättengewerbe gehöre sicherlich dazu. Christoph Schlautmann

33

PROZENT

der 223 000 deutschen Hotels und Gaststätten könnten der Corona-Pandemie zum Opfer fallen.

Quelle: Dehoga



Coronakrise

Mr. Dorint schreibt der Kanzlerin

Der Hotelier Dirk Iserlohe kämpft vor Gericht und mit ungewöhnlichen Ideen um die Existenz seiner 60 Herbergen.

Christoph Schlautmann Düsseldorf

Wer das Wirken von Dirk Iserlohe während der jahrelangen Sanierung der Hotelkette Dorint verfolgte, weiß es längst: Der heute 55-jährige Diplom-Kaufmann zählt nicht zu dem Managertyp, der frühzeitig klein beigibt. Immer wieder gelang es Iserlohe in nahezu aussichtsloser Situation, Geldgeber zu verströmen, missliebige Gesellschafter loszuwerden und neue zu gewinnen, um dann ab 2017 wieder echte Gewinne vorweisen zu können.

In der Coronakrise aber läuft der gebürtige Düsseldorfer mit der markanten Pferdeschwanz-Frisur nun zur Höchstform auf. Dass mit ihm nicht zu spaßen ist, erlebte als Erstes Kölns Oberbürgermeisterin Henriette Reker. Die parteilose Politikerin hatte am 19. März wegen der Corona-Pandemie sämtliche Herbergen der Domstadt schließen lassen, womit sie der jüngsten Idee des Dorint-Aufsichtsratschefs in die Parade fuhr. Nur fünf Tage zuvor hatte Iserlohe seine Initiative „Hoteloffices statt Homeoffice“ mit dem Hintergedanken gestartet, einen Teil seiner leeren

Hotelzimmer tagsüber mit arbeitenden Managern belegen zu können.

Vor dem Verwaltungsgericht legte der streitbare Hotelier darauf Rechtsbehelf ein. Rekers Anordnung sei unverhältnismäßig, die Maßnahme überzogen, argumentierte der Dorint-Patron - und erhielt recht. Unter Verweis auf den Richterspruch überzeugte Iserlohe anschließend die Stadtväter in Bonn, Weimar und Erfurt, ihre Verordnungen nach dem Kölner Vorbild zurückzuziehen. Seither sind 50 seiner 60 Häuser wieder geöffnet. Zumindest Geschäftsreisende darf er jetzt einquartieren.

Der Kölner Hotelkettenschef ist im deutschen Übernachtungsgewerbe beileibe nicht der Einzige, der seit dem Corona-Shutdown um das Überleben seines Betriebs kämpft. Zusammen mit der Gastronomie seien 223 000 Betriebe von den massiven Einschränkungen betroffen, rechnete Guido Zölllick vom Deutschen Hotel- und Gaststättenverband (Dehoga) vor.

Seine Ahnung fällt dabei denkbar düster aus. Ein Drittel der Unternehmen, glaubt der Verbandspräsident, könnte am Ende der Pandemie zum

Hinweisschild in Binz auf Rügen:

Die Ferieninsel ist derzeit komplett für Urlauber gesperrt.





Dirk Iserlohe, Dorint-Hotel in Chemnitz: Der Manager kämpft ums wirtschaftliche Überleben.

Image Images/Here Images

Opfer fallen - falls die Politik nicht mit massiven Hilfen gegensteuert. Rein rechnerisch kämen auf das Gastgewerbe dadurch am Ende fast 75 000 Insolvenzen zu.

Ketten wie Dorint trifft dabei nicht nur, dass sie mit den Messeabsagen etwa der ITB Berlin, der Handwerksmesse oder der Light & Building schon vor dem Shutdown massive Ausfälle zu beklagen hatten. Die meisten Bundesländer gestatten es seit Mitte März außerdem auch nur noch Geschäftsreisenden, sich im Hotel einzuquartieren. Wer wie Dorint zudem Häuser auf Ferieninseln wie Sylt, Usedom oder Rügen betreibt, besitzt ein zusätzliches Problem: Da die Inseln ein Einreiseverbot verhängt haben, steht dort das Gewerbe komplett still.

Iserlohe, seit 2017 Vorstandschef der Dorint-Dachgesellschaft Honestis AG, die im Wesentlichen den Erben der Supermarktkette Allkauf und dem Textilfabrikanten Joachim Tengelmann („Brax“) gehört, gibt sich mit dem jüngsten Sieg vor Gericht längst noch nicht zufrieden. Auch die Politik in Berlin will er bewegen. In einem Brief an Bundeskanzlerin Angela Merkel, den er gleichzeitig Wirtschaftsminister Peter Altmaier und Justizministerin Christine Lambrecht zustellen ließ, kritisiert er ein schweres Versäumnis im BGB-Einführungsgesetz, das Berlin anlässlich der Corona-Pandemie verabschiedete.

„Geschäftsbetrieb wird unmöglich“

Dort legte die Bundesregierung zwar fest, dass Pächtern die Miete Corona-bedingt drei Monate lang gestundet werden muss, ohne dass sie eine Kündigung zu fürchten haben. Anstoß nimmt der Dorint-Aufsichtsrat aber an „Artikel 240“ der Bestimmungen: So geraten Mieter oder Pächter in Zahlungsverzug, wenn sie im Anschluss an diese Frist den angehäuften Verpflichtungen nicht nachkommen. „Auf dieser Basis können Verpächter ihre Forderungen einklagen, titulieren lassen und diese mit neun Prozent pro Jahr über Basiszins vollstrecken“, warnt Iserlohe. „Damit

wird der Geschäftsbetrieb des Pächters unmöglich.“

Eine Vollstreckung lasse sich schnell bewirken und würde damit den Kündigungsausschluss ad absurdum führen. Ab dem 1. Oktober, wenn die vorübergehend ausgesetzte Insolvenzantragspflicht wieder eintritt, erwartet der Hotelier in seiner Branche deshalb eine Pleitewelle.

Dass Pächter kaum in der Lage sind, die geschuldeten Mietrückstände aus dem laufenden Geschäft aufzubringen, verdeutlicht der Dorint-Manager an den eigenen Unternehmenszahlen: Der für dieses Jahr erwartete Verlust von 52 Millionen Euro entspreche etwa der Höhe der zu zahlenden Pachten. Bei dem vor Corona erzielten Jahresgewinn von etwa 14 Millionen Euro sei diese Last nicht zu tragen. „Das könnte die Dorint nicht verkraften“, schreibt Iserlohe an Merkel, „damit wären circa 3 000 Mitarbeiter arbeitslos.“

Als Lösung empfiehlt er, den Pächtern ein einseitiges Sonderkündigungsrecht für den Fall einräumen zu lassen, dass der Vermieter auf die vollen Zahlungen besteht. „Damit käme der Verhandlungsweg in Gang“, weiß Iserlohe.

In der Tat dürfte mancher Vermieter darauf eingehen, wie Einar Skjerven, Geschäftsführer der Berliner Immobilien-Investmentfirma Skjerven Group, angesichts der aktuellen Wirtschaftslage nahelegt. „Denn es könnte Monate dauern“, sagt er, „bis ein neuer Mieter gefunden ist.“

Setzt sich Iserlohe mit seinem Anliegen durch, wäre dies sein zweiter Erfolg während der Coronakrise. Für sein „Hoteloffices statt Homeoffice“ gewann er inzwischen reichlich Firmenkunden - darunter eine große Bank in München. Von montags bis samstags zwischen sieben und 21 Uhr offeriert der Dorint-Manager seine Zimmer als „Privat-Büro“ - samt WLAN, Druckerservice, Frühstück und Mittagessen auf dem Zimmer.

„An einigen Standorten haben wir immerhin bis zu 25 Prozent Belegung damit erzielt“, berichtet der Krisenmanager.

”

Es könnte Monate dauern, bis ein neuer Mieter gefunden ist.

Dirk Iserlohe
Dorint-Chef

IN KÜRZE

Mitnahme von Handynummern wird deutlich billiger

DÜSSELDORF Der Wechsel eines Mobilfunkvertrags in Deutschland wird deutlich billiger. Stellten Betreiber für das Mitnehmen der Rufnummer bisher oft 30 Euro in Rechnung, hat die Bundesnetzagentur nun entschieden, dass die Rufnummernmitnahme seit diesem Montag maximal 6,82 Euro kosten darf. „Wir haben die Hürden beim Wechsel des Mobilfunkanbieters deutlich abgesenkt. Das fördert den Wettbewerb, und davon profitieren die Verbraucher“, sagte Jochen Homann, Präsident der Bundesnetzagentur. Die geringeren Preise wollten einige Betreiber jedoch offenbar nicht freiwillig umsetzen. Für die Unternehmen Telefónica Deutschland, I&I Drillisch, Freenet, und I&I Telecom sei das neue Entgelt angeordnet worden, teilte die Netzagentur mit.

Ein Sprecher von Telefónica sagte: „Streit bestand aus unserer Sicht keiner, nur Klärungsbedarf.“ Das Unternehmen werde die neuen Entgelte umsetzen. „Bis dahin schreiben wir unseren Kunden im Falle einer Rufnummernmitnahme den Differenzbetrag gut“, sagte der Sprecher.

Die Firma United Internet, die hinter der Marke I&I steht, verwies darauf, dass die Wechselgebühr in Höhe von rund 30 Euro ursprünglich auf die Bundesnetzagentur zurückging.

„Die Bundesnetzagentur hat im Jahr 2004 festgelegt, dass die Preisobergrenze für eine Rufnummernmitnahme im Mobilfunk bei 29,95 Euro liegt“, sagte ein Firmensprecher. Nun werde man die Gebühren entsprechen der neuen Vorgabe der Behörde anpassen. Laut einer Umfrage der Marktforscher von YouGov im Auftrag des Vergleichsportals Check24 wollten im März 75 Prozent der Deutschen bei einem Wechsel ihres Mobilfunkvertrags die Rufnummer mitnehmen. seu



Here Images/Getty Images

Vivendi profitiert von wachsendem Musikgeschäft

PARIS Der französische Medienkonzern Vivendi hat sich im ersten Quartal vor allem dank seiner Musiksparte ordentlich geschlagen. Der Umsatz kletterte im Vorjahresvergleich um zwölf Prozent auf 3,9 Milliarden Euro, wie der Konzern am Montag in Paris mitteilte. Aus eigener Kraft - also ohne Wechselkurseffekte sowie Zu- und Verkäufe - hätte das Wachstum 4,4 Prozent betragen. Vivendi präsentiert zum ersten Quartal lediglich Angaben zum Umsatz und nicht zum Gewinn. Die Coronakrise habe zu Jahresbeginn nur begrenzten Einfluss auf den Umsatz gehabt, hieß es. Gleichwohl warnte das Management vor den Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie auf das zweite Quartal insbesondere bei der Werbehaltung Havas, in der sich schon im März

der Abschwung abzeichnete. „Das zweite Quartal wird unzweifelhaft von der aktuellen Gesundheitskrise betroffen sein“, teilte Vivendi mit. Im Musikgeschäft der Tochter Universal Music Group (UMG) zogen die Geschäfte dank wachsender Streaming Erlöse um 18 Prozent an, neue Veröffentlichungen von Stars wie Justin Bieber und Eminem gehörten zu den Bestsellern.

Weil Vivendi im ersten Quartal zehn Prozent der Universal-Anteile an den chinesischen Tech-Konzern Tencent verkaufte, flossen dem Unternehmen 2,8 Milliarden Euro zu. Über weitere Verkäufe von Minderheitsanteilen hinaus will Vivendi das Geschäft bis spätestens 2023 an die Börse bringen. Auch bei der Fernsehtochter Canal Plus legte der Umsatz zu. dpa

United Airlines mit Milliardenverlust

CHICAGO Die Corona-Pandemie bringt die US-Fluggesellschaft United Airlines tief in die roten Zahlen. Im ersten Quartal dürfte ein Verlust in Höhe von 2,1 Milliarden Dollar (1,9 Mrd. Euro) vor Steuern anfallen, warnte das Unternehmen am Montag in einer Mitteilung an die US-Börsenaufsicht. Anleger ließen die Aktie vorbörslich um knapp sechs Prozent fallen - ein Minus, das sich auch im Handel hielt. Beim Umsatz rechnet United mit 8,0 Milliarden Dollar, was einem Rückgang von 17 Prozent gegenüber dem Vorjahreswert entsprechen würde. Die Airline betonte indes, dass es sich bislang lediglich um vorläufige Quartalsergebnisse handele. dpa

Schutzanzüge treiben Dupont an

WILMINGTON Der US-Chemiekonzern Dupont erwartet im Auftaktquartal wegen der gestiegenen Nachfrage nach seinen Produkten wie Schutzanzügen oder Wasserfiltern zur Abwehr einer Coronainfektion einen kräftigen Wachstumsschub. Der Vorstand peilt im ersten Quartal einen bereinigten Gewinn je Aktie zwischen 82 und 84 Cent an und einen Nettoumsatz von rund 5,2 Milliarden Dollar. Analysten hatten dagegen nur mit einem Gewinn je Aktie von 68 Cent gerechnet bei einem Umsatz von 5,01 Milliarden Dollar. Die Zahlen verliehen dem Kurs der Dupont-Aktie deutlichen Auftrieb. An der Nyse notierten die die Papiere knapp drei Prozent im Plus. Reuters